



## **Bernhard Brinkmann (Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses  
des Deutschen Bundestages

Berlin, 8. November 2011  
Ausgabe Nr. 16 der 17. Wahlperiode

### **Auf den Punkt gebracht . . .**

#### **Die SPD auf dem Weg zu neuen gesellschaftlichen Mehrheiten – jetzt nicht stehenbleiben!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Nachgang einer mehrtägigen Herbstklausurtagung der Bundestagsabgeordneten des Seeheimer Kreises, dessen Mitglied ich bin, möchte ich Sie über die Ergebnisse der lebhaften und ergebnisorientierten Diskussionen informieren:

#### **Erste Wegmarken**

Die Bundestagswahl 2009 war eine Zäsur. Nach 11 Jahren der Regierungsbeteiligung wirkte die SPD ausgezehrt. Die bürgerliche Wunschkoalition aus CDU/CSU und FDP übernahm die Macht im Bund, elf konservative Ministerpräsidenten regierten in den Ländern. Das Zutrauen in unsere eigene Stärke war am Boden.

Zwei Jahre später liegen wir in jeder Umfrage deutlich über dem letzten Wahlergebnis, stellen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen wieder die Regierungschefs, regieren in Baden-Württemberg mit und haben jede bestehende SPD-Regierungsbeteiligung in den Ländern verteidigt. Die Aussichten auf kommende Wahlen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und sogar Bayern sind besser als seit vielen Jahren.

Dieser Zustand ist natürlich auch dem jämmerlichen Auftritt von Merkel und Co. geschuldet. Gleichwohl hat sich auch die innere Verfassung unserer Partei deutlich verändert und trägt zum Erfolg bei.

---

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 77 265 • 📠 (030) 227 – 76 265  
✉ bernhard.brinkmann@bundestag.de  
Bürgerbüro Hildesheim • Rathausstr. 13 B • 31134 Hildesheim  
☎ (05121) 32 681 • 📠 (05121) 31 545  
Bürgerbüro Alfeld • Kalandstr. 5 • 31061 Alfeld  
☎ (05181) 31 31 • 📠 (05181) 2 56 23  
✉ bernhard.brinkmann@wk.bundestag.de



**Bernhard Brinkmann  
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sigmar Gabriel an der Parteispitze hat einen Prozess der inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung und Vergewisserung in Gang gesetzt, der auf dem kommenden Bundesparteitag gute und vorzeigbare Ergebnisse hervorbringen wird.

Frank-Walter Steinmeier an der Fraktionsspitze hat dafür gesorgt, dass wir nach der Phase der Enttäuschung über den Regierungsverlust wieder erkennbar die Führungsposition in der Opposition wahrnehmen und gleichzeitig das Zutrauen in die eigene Regierungsfähigkeit zurückgekehrt ist.

Die öffentliche Wahrnehmung der SPD wird ebenso von Peer Steinbrück geprägt, dem es gelingt, auch außerhalb unserer Zirkel Interesse und Zustimmung für die Partei zu wecken. Ihm vertrauen die Menschen, auch in stürmischen Zeiten Kurs zu halten. Daneben gibt es viele andere, die – mitunter weniger öffentlich, aber deswegen nicht weniger fleißig, entschlossen und mit klarem Blick – entscheidend mit dazu beigetragen haben, unsere Partei nach der Niederlage 2009 wieder in die Erfolgsspur zu bringen. Thomas Oppermann als Manager der Fraktion sei hier ausdrücklich erwähnt.

Die gewählte Strategie, die K-Frage frühestens in einem Jahr zu klären, ist klug und richtig. Auch eine Wahl des oder der Koalitionspartner ist derzeit nicht zu treffen. Gleichwohl ist darauf zu achten, dass nicht einmal der Anschein erweckt wird, die SPD stünde erneut für eine Juniorpartnerschaft in einer großen Koalition zur Verfügung.

Die SPD ist nur mehrheitsfähig mit beiden Flügeln der Partei. Helmut Schmidt formulierte es so: Unsere Partei benötigt, wie ein Vogel, beide Flügel zum Fliegen.

Wir müssen den Wählern der Grünen und Linken ein Angebot machen, ohne der Versuchung zu erliegen, diese politischen Mitbewerber noch an Radikalität zu überbieten. Wir müssen originär sozialdemokratische Lösungsansätze entwickeln, die Ökologie und Industriegesellschaft versöhnen, und deutlich machen, dass soziale Gerechtigkeit ohne Konsolidierung der Sozialsysteme nicht möglich sein wird. Dies wird Aufgabe der Partei und ihrer Flügel sein.

Wichtige inhaltliche und personelle Andockpunkte sind den Wechselwählern der Grünen und Linken zu bieten. Hierbei kommt auch der Parteilinken eine besondere Bedeutung zu, der sie gerecht werden muss.

### **Was vor uns liegt**

Wir haben gute Chancen mit neuen Mehrheiten Deutschland zu gestalten. Dabei dürfen wir uns nicht verzetteln. Die Richtschnur für die kommenden zwei Jahre der Zeit der Regierungsvorbereitung bilden die Begriffe „Fortschritt“ und „Gerechtigkeit“.

Mit der schwarz-gelben Bundesregierung stehen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zwei weitere verlorene Jahre bevor. Sie ist unfähig aktiv für Innovation, Wachstum und Beschäftigung zu sorgen.



**Bernhard Brinkmann  
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Notwendig ist eine vorwärtsgerichtete politische Strategie, die den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Deutschland nicht nur konserviert und abwickelt, sondern weiter aufbaut und vorantreibt.

Zukunftsfähige Politik vereint immer beides - wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit. Das eine ist nicht ohne das andere zu haben. Chancengleichheit durch die Förderung und Integration aller Persönlichkeiten, Talente und Qualifikationen ist eine Bedingung für Leistungsfähigkeit und Fortschritt. Umgekehrt eröffnen erst Innovationen und Wachstum die notwendigen Spielräume für eine investive Arbeitsmarktpolitik. Der intakte, arbeitsmarktpolitisch intelligent getriebene Sozialstaat ist eine Produktivkraft und die Voraussetzung für Wohlstand.

Wir sind die Partei der Arbeit und tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Wir verfügen über die Erfahrung und das Wissen, um unsere Wirtschaft durch den Faktor Arbeit zu stabilisieren und zukunftsfest zu machen.

Es ist ein Irrweg, eine Politik der Entwertung von Arbeit zu betreiben, und es ist zugleich ein Angriff auf den Standort Deutschland. Es ist auch falsch, gerade jetzt die aktive Arbeitsmarktpolitik zusammenzuzustreichen. Das genaue Gegenteil ist richtig:

Arbeit ist der Zugang zu unserer Gesellschaft. Arbeit ist die Voraussetzung dafür, frei und selbstbestimmt leben zu können. Und genau dies, also die Autonomie des freien und mündigen Menschen und die Teilhabe an der Gesellschaft ist unser Leitbild.

Die FDP war die Partei der individuellen Freiheitsrechte. Sie ist krachend gescheitert. Wir sind die Partei der Freiheit – und des Fortschritts. Die rasante Entwicklung des Internets und neue Formen der Kommunikation schaffen neue Chancen, aber auch Gefahren, beispielsweise bei Rechten der Persönlichkeit und deren Schutz.

### **Was uns wichtig ist**

Die Sozialdemokratie ist die Partei der Europäischen Integration. Wir wollen und müssen die Europäische Union weiter entwickeln zu einer echten Staatengemeinschaft, die demokratisch legitimiert und in der Gesellschaft verankert ist. Die Europäische Integration ist ein Grundpfeiler deutscher Politik.

Wenn wir von einer Politik des Neuen Fortschritts sprechen, umfasst dies auch die Europäische Integration. Wir brauchen eine neue Idee der Europäischen Integration, die das ökonomische Versprechen im Alltag der Menschen einlöst und die politische Gestaltung sicherstellt. Die Stärkung des Europäischen Parlaments im Gefüge aus Europäischem Rat, Europäischer Kommission und Parlament und sein Ausbau zu einer echten Volksvertretung mit allen Kompetenzen ist dafür unabdingbare Voraussetzung.

Bei einem neuen Fortschrittsmodell geht es um nachhaltige Zukunftsorientierung, nicht um die täglichen Schwankungen der Aktienmärkte und die nächsten Quartalszahlen.



**Bernhard Brinkmann  
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Es geht um eine Politik der ausgewählten Wachstumsfelder. Es geht darum, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, ohne dabei den gesellschaftlichen und sozialen Konsens zu opfern. Die Europäische Integration muss mehr Innovationsfähigkeit, mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit und mehr demokratische Teilhabe ermöglichen.

**Jetzt nicht stehenbleiben**

Die notwendige Schaffung verbesserter Mechanismen zur Regulierung der globalisierten Wirtschaft und internationaler Finanzmärkte wird nur auf Grundlage eines neuen Verständnisses einer sozialen und nachhaltigen Wirtschaftsordnung gelingen. Die Wachstumskurve ist nicht mehr der einzige Wohlstandsindikator. Die Neubewertung der Arbeit und der Mensch stehen im Mittelpunkt eines ebenso wirtschaftlichen wie sozialen Fortschrittsmodells.

Wer das versteht, wird politisch erfolgreich handeln. Wer das nicht versteht, verspielt Zukunft und demokratischen Zusammenhalt. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden das Fundament, auf dem ein neues Fortschrittsmodell stehen muss. Wir als SPD müssen uns nicht neu erfinden, aber wir müssen den Mut haben, uns wieder als Fortschrittspartei im Sinne von August Bebel, Friedrich Ebert, Kurt Schumacher, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder zu fühlen. Eine solche neue Idee von Fortschritt braucht Leitlinien, politische Projekte und Programme. Dabei werden wir verstärkt auf die Europäische Union als Handlungsebene setzen.

Parteien mit einem starken Hang zu Opposition vegetieren in aller Regel genau dort - in der Opposition. Über die fehlende Möglichkeit und den fehlenden Willen zu regieren bleibt ihnen ein Bezug zur Alltagsrealität erspart. Will die SPD also auf dem Boden der Realität bleiben anstatt in alte Phantasmen zurückzufallen, muss sie regieren wollen – und mehr: Sie muss regieren.

**Was wir wollen**

Wir wissen, welchen Weg wir gehen wollen. Doch mit Blick auf 2013 müssen wir liefern. Im Gegensatz zu anderen können wir das. Sozialdemokratischer Regierungsanspruch muss unterlegt sein mit konkreten Ideen, die das Versprechen nach Fortschritt und Gerechtigkeit einlösen:

- Eine verantwortungsvolle **Energiewende** mit Augenmaß – mit einer angemessenen Rolle für die Kohle in der Übergangsphase, einer wirkungsvollen Förderkulisse für die Erneuerbaren, einem Maßnahmenbündel zur Vermeidung von übermäßigen Belastungen für Verbraucher und energieintensive Unternehmen und einem ambitionierten Programm zur Fortführung der bewährten Gebäudesanierung
- Die **Förderung von Forschung und Innovation** muss durch eine steuerliche Förderung auf Unternehmensseite und eine Verbesserung der Forschungsbedingungen an den Hochschulen gewährleistet werden.



**Bernhard Brinkmann  
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Ein **Steuer- und Abgabekonzept**, das Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen entlastet und mit Vermögens- und Finanztransaktionssteuer sowie dem entschlossenen Abbau von Steuersubventionen Gerechtigkeit wieder herstellt. Wie eine Förderung von Menschen mit niedrigem Einkommen gestaltet werden kann, zeigen die jüngsten Reformvorschläge unserer Partei zum Kindergeld. Auch der „Bonus für Arbeit“, ein Modell zur Entlastung von Sozialabgaben bei Niedrigverdienern, darf nicht aus dem Blick geraten.
- Eine **Bildungspolitik aus einem Guss** – mit einem Ende des Kooperationsverbotes und ohne Denkverbote hinsichtlich der Frage, wie viel Geld für Kinder direkt an die Eltern und wie viel zum Ausbau der Kinderbetreuung und der Verbesserung der Bildungseinrichtungen eingesetzt wird
- Eine Stärkung der Gewerkschaften und die **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns** von mindestens 8,50 Euro sowie eine Rücknahme der Kürzungen in der Arbeitsmarktförderung
- Eine **engagierte Europapolitik**, die Europa ernst nimmt – auch personell bei der Besetzung von Posten in Brüssel, einer Stärkung des Europäischen Parlaments sowie der Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament als Spitzenkandidat der europäischen Parteienverbände
- Eine **neue Infrastrukturpolitik**, die der wirtschaftlichen Entwicklung und unserer Bedeutung in Europa gerecht wird. Ausbau und Instandhaltung der häufig unzureichenden oder maroden Infrastruktur erfordern jährlich zusätzliche Investitionen von 5 Mrd. Euro.

Mit freundlichen Grüßen